

Reichstag.

e. Berlin, 54. Sitzung am 10. März 1904.

Der Reichstag kam heute zum Kapitel der Militärjustizverwaltung, dem eigentlichen Orte der Soldatensühnhandlungs-Debatte. Doch war über diese Materie bereits in den letzten Tagen schon so viel geredet worden, daß heute kaum mehr eine allseitige Debatte stattfinden konnte. Der bayerische Generalmajor von Andres sprach sehr spitzig gegen die Aufstellung des Abg. Müller-Weinigen, daß das bayerische Offizierskorps gebildeter sei als das preussische. Dabei ging er um ein gut Stück über den Rahmen hinaus, der sonst zwischen Reichstag und Bundesrat gezogen ist. — Gröber (Zr.) gab als richtigstes Mittel, um die Mißhandlungen zu beilegen, neben einer Vermehrung des Interoffizierskorps an, daß die vorgelegten Offiziere einfach verantwortlich zu machen seien für die Mißhandlungen durch ihre Untergebenen. Damit hat er in der Tat den Nagel an den Kopf getroffen; denn wenn der Hauptmann in der Kompanie hieso nachsieht, können systematische Mißhandlungen durch Wachen und Platoon dadurch nicht mehr vorkommen. Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Politische Rundschau.
Deutschland.

Die Einführung von Reichstagsabgeordneten wird in der „Nat.-Lib. Korrespondenz“ folgendermaßen angekündigt: „Es darf als sicher angenommen werden, daß es dem Reichstagsler gelungen sei, den Widerstand gegen die Gewährung von Titeln, der an maßgebenden Stellen bestand, zu überwinden. Dem Reichstagsler wird in nächster Zeit eine entsprechende Vorlage zugehen.“ Aus parlamentarischen Kreisen schreibt man uns hierzu, daß es in der Tat richtig ist, daß die Einführung von Anwesenheitsgeldern sehr nahe bevorsteht. Der Reichstagsler hat in den letzten Wochen gerade in jenen Kreisen höheren Einfluß gewonnen, die sich seither ablehnend gestellt haben. Der Umstand, daß die Minister und Staatssekretäre durch die Reichstagsverhandlungen wochen und monatelang ihren übrigen Berufsgeschäften entzogen sind, hat namentlich auch beim Kaiser tiefen Eindruck gemacht und einen Muffen der Meinung herbeigeführt.

Der Heimarbeiterschußkongreß ist am Mittwoch geschlossen worden. Professor Lombart hielt am Schluß eine sehr wirksame Rede gegen die Schäden der Heimarbeit. Von den angenommenen Resolutionen ist die wichtigste nachstehende: „Der erste allgemeine Heimarbeiterschußkongreß fordert vom Bundesrat, daß er unerschütterlich und in unangenehmer Weise von den ihm zuteil werdenden Befugnissen der Ausübung der Arbeiterschutz und Versicherungsangelegenheiten auf alle Zweige der Hausindustrie Gebrauch macht. Der Kongreß fordert weiter, daß das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden bei Vergabung von Versicherungsarbeiten mit solche Unternehmer beschäftigen, die dies in eigener, von ihnen unterhaltenen Werkstätten ausführen lassen.“ Die Zentrumskommision hat bereits im Januar eine Resolution im Reichstags eingbracht, die auf diesem Wege marschiert.

Die Budgetkommission des Reichstags legt heute die Beratung des Marineetat fort. Müller-Gulda (Zr.) befragt die Kommission um Rat und Ratgeber für die Marine, die von dem Kaiser betraut werden; die Kommission ist leider hier zu geschloßen. Staatssekretär Trippl sagte Entgegenkommen zu, und will gerne die Konsultation zulassen. Müller sagte noch namentlich das Anwachsen der Ausgaben um 170 Mill. nach dem Antrag der Reichstags von Lohndfeld wurden 500000 Mk. an diesen Posten geschritten.

Das preussische Abgeordnetenhaus konnte heute den ordentlichen Eisenbahnetat zu Ende beraten. Der Zentrumsabgeordnete Vauß hat sehr entschieden für die Verbesserung der unteren Beamten ein und forderte für diese auch das Recht, sich in einem öffentlichen und nationalen Verbande zu organisieren. Minister Sudde stellte sich sehr sympathisch zu dieser Forderung; v. Savigny (Zr.) fordert freie Vergewalt für die Krankenkassen der Eisenbahnen. Morgen beginnt die Beratung des Etats des Junsers.

Die Nebenbahnvorlage im preussischen Landtag sieht neue Nebenbahnen mit einem Kostenanwachs von rund 80 Millionen Mark und außerdem 27 Millionen Mark für die mit dem Neubau des Bahnhofs Hannover zusammenhängenden Bahnanlagen vor, diese Zahlen zeigen, daß die diesjährige Vorlage gleich der vorjährigen wieder weit reichlicher ausgefallen ist, als das sonst der Fall war.

Der eiffrichste Reichstagsabgeordnete Vinzenzthal, dessen Wahl von der Kommission für ungültig erklärt worden ist, trägt nun seine Kulturkampfkämpfe auch im reichsständischen Landestag vor, wo er namentlich den Bischof von Metz scharf angreift, weil derselbe von seinen bischöflichen Pflichten Gebrauch machte, ohne den Abg. Vinzenzthal vorher zu befragen. Vinzenzthal ist in Deutschland der Typus der Combessischen Kulturkämpfer in Frankreich.

Die Pastor Wöhre abgefragt wurde, teilt uns jetzt der „Vorwärts“ mit. Nach der „Vollstimme“ in Hannover hat Genosse Dreesbach auf dem badischen Parteitag zu der Angelegenheit Wöhre gesagt: „In der Reichstagsfraktion sei man darüber auch sehr geteilter Meinung gewesen, wurde doch in der Angelegenheit ein Beschluß mit 28 gegen 24 Stimmen gefaßt.“ Der durch Stimmengleichheit in der Fraktion abgelehnte Antrag enthielt die Forderung, daß in die Beratung der Angelegenheit nicht in der Sitzung eingetreten werden möge, in welcher dieselbe vorher vorgelegt wurde. Man sieht aus diesem Stimmverhältnis, wie sich Revisionisten und Radikale die Wage halten.

Hundertjahrfeier der Britischen und Ausländischen Bibelgesellschaft. Die Britische und Ausländische Bibelgesellschaft, welche die Woche die Hundertjahrfeier ihres Bestehens begeht, empfing gestern abend in feierlicher Versammlung in der Queen's Hall in London die Glückwünsche der ausländischen Delegierten. Es waren Abgesandte aus den meisten europäischen Staaten, wie auch aus Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika erschienen. Deutschland war durch den ersten Sekretär der deutschen Volksschaft, Legationsekretär Grafen Bernstorff, vertreten. Der Vorsitzende Marquis of Northampton verlas ein Glückwünschentelegramm Kaiser Wilhelms, den er als Verteidiger der Bibel feierte. Der Sekretär der deutschen Volksschaft, Graf Bernstorff, erklärte im Namen der preussischen Bibelgesellschaft, diese bedauere sehr, daß sie keinen Vertreter

haben schiken können. Sie habe deshalb ihm den ehrenvollen Auftrag gegeben, dem Vorsitzenden in ihrem Namen eine Adresse zu überreichen und die Versicherung abzugeben, daß alle mit aufrichtiger Sympathie teilnehmen an dem Ehrentage der Britischen und Ausländischen Bibelgesellschaft. Auf Befehl des Kaisers wolle er hinzufügen, daß der Bibelgesellschaft in allen protestantischen Kirchen seines Landes gefeiert sei.

Augustus Loftus, der ehemalige englische Botschafter in Berlin und in Petersburg, ist im Alter von 87 Jahren gestorben.

Oesterreich-Ungarn.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat sich eine plötzliche Wendung vollzogen, die eine höchste Ueberraschung brachte. Die Ostraktion legt die Waffen nieder, Tisza zieht dafür seinen Hausordnungs-Entwurf zurück, die Resten-vorlage wird binnen kürzester Frist erledigt und die ungarische Staatsfeile ist, wenigstens für das Vergste, überwunden. Unter einem Tummel von Enthusiasmus, wie er nur in Ungarn möglich ist, hat sich dieser plötzliche Szenenwechsel vollzogen. Ja, der Wechsel ist so verblüffend, daß man beinahe annehmen muß, daß man auf beiden Seiten auf diesen effektvollen Umschwung schon vorbereitet war, welcher der Regierung einen schweren Kampf, den obstruierenden Parteien aber eine mögliche Niederlage und die Folgen der Erbitterung der Bevölkerung erspart.

Südwestafrika.

Ueber das Vorgehen der Kolonie des Majors von Glanapay trifft seit dem Kommando von Windhoek jetzt erst die zweite Meldung folgenden Inhaltes ein: Am 21. April bei Lwings, 29. Februar. Das Detachement des Majors von Glanapay mit den Kompagnien Fißel und Lieber, 50 alte eingezogene Schutruppenreiter, vier Maschinengewehre und ein Maschinengewehr vereinigte sich nach locierten Geschwind und nach Nachtmärschen am 29. Febr. auf der Linie Lwings-Kandawe mit der Kompagnie des Oberleutnants v. Bändler. Es wird jetzt berichtet, die Hereros von der Annäherung an die englische Grenze abgehalten. Die gesamten Reiter werden demgemäß vorgeschoben. Trotz der bedeutenden Anstrengungen ist der Gesundheitszustand, abgesehen von leichten Darmstörungen, gut. Die Schienbeinverwundung der Artillerie hat sich gut bewährt. Viebesgaben an Fagaren, Kagnal, Wein, Schokolade und Zwieback waren sehr erwünscht. Lwings liegt etwa 70 Kilometer nördlich von Gobabis und ungefähr 100 Kilometer von der englischen Grenze entfernt; eine Entfernung, die bei der Unwirtlichkeit des Terrains unseren Truppen leider noch manche Schwierigkeiten entgegenstellen wird.

Sächsischer Landtag.

Dresden, den 10. März.

Den ersten Punkt der Tagesordnung in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer bildete der Antrag der Finanzdeputation A für Erwerbung des in Aussicht genommenen Hauptplatzes zur Verlegung des Seminars in Dresden-Friedrichstadt 150000 Mk. zu bewilligen. Der Deputationsantrag wird einstimmig angenommen. — Sodann folgte die Beratung über das Budget Nr. 21, die Neuordnung des Gemeindesteuerverweises betreffend. In diesem Punkte ergreift Staatsminister v. Weich das Wort und sagt, daß es ein großer Fehler sei, wenn die vollen-gende Gewalt im Staate und in der Gemeinde an zu starke Fesseln geknüpft werde, daß man sich aber gewisse Schranken auferlegen müsse, wenn hohe Ziele zu erreichen seien. Wenn die Regierung in gewisser Richtung eine Beschränkung in der Gemeinde-Autonomie in Anregung bringe, würde sie von der Erkenntnis geleitet, daß dies zur Ordnung des Gemeindesteuerverweises nötig sei. Das Recht einzutreten müsse der Staat für sich in Anspruch nehmen dürfen. Der Staat könne es nicht ohne Schädigung der eigenen finanziellen Interessen dulden und ruhig ansehen, daß seine Steuerquellen gleichzeitig auch von den Gemeinden in betrüblicher Weise angegriffen werden. Unbedingte Pflicht des Staates sei es, darüber zu wachen, daß auch in den Gemeinden in Rücksicht auf Handhabung des Steuerungsverweises Grundzüge walteten und verfolgt werden, die die Gemeinde und die Steuerzahler nicht etwa schädigen. Es liege im Interesse des Staates, der Gemeinde und des Steuerzahlers, daß die Autonomie der Gemeinde nach gewisser Richtung zu beschränkt ist. Redner bespricht die einzelnen Steuergattungen in längerer Ausführung, als: Grundsteuer, Gewerbesteuer, Kopf-, Betriebs-, Bier-, Tanz und andere Verbrauchssteuern, Besitzwechselabgabe und Zuwachssteuer. Sollte die Kammer den Entwurf, ohne in die Beratung darüber einzutreten, abweisen, so müßte die Regierung von dem ihr zustehenden Rechte Gebrauch machen und fordern, daß der Entwurf einer Deputation überwiegen werde. Wenn von manchen Seiten der Einwurf gemacht werde, daß man durch Neuordnung des Gemeindesteuerverweises nicht noch mehr Unzufriedenheit unter die Bevölkerung tragen möge, so müßte hervorgehoben werden, daß nur durch eine durchgreifende Neuordnung des Gemeindesteuerverweises den bestehenden Mißständen begegnet werden könne. Die Regierung sei einzig und allein von dem Bestreben geleitet gewesen, nach allen Richtungen hin Gerechtigkeit walten zu lassen und den Interessen aller Stände Rechnung zu tragen, sie ist aber nicht gewillt, diejenigen Elemente zu schädigen, die sie zu schützen und stützen hat. Er hofft, daß bei gegenseitigem Einvernehmen Meinungsdivergenzen beseitigt würden und so die Vorlage unserem Volke und unserem Lande zum Segen gereichen werde. Die nachfolgende Debatte dauert bis 6 Uhr abends, worauf eine Pause eingeschaltet wird. Um 1/2 8 Uhr folgte die Wiederaufnahme. Schließlich wird die Vorlage mit 44 gegen 33 Stimmen unter namentlicher Abstimmung abgelehnt. Abg. Opyl interpelliert zum Schluß noch wegen erfolgter Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, worauf der Präsident erklärt, daß diese Interpellation im Laufe der kommenden Woche beantwortet werden wird. Hiermit ist die Sitzung geschlossen.

Dresden, den 11. März 1904

Die Zweite Kammer nahm heute ohne Debatte einstimmig die Gesetvorlage, betreffend die Beteiligung an

außerordentlichen Lotterien an. Nächste Sitzung Montag, den 14. März. Tagesordnung: Gesetvorlage über den Gewerbebetrieb im Umherziehen und außerordentlicher Etat.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 11. März 1904.

Er. Majestät der König empfing heute den Staatsminister und den Königlichen Kabinettssekretär zu Vorträgen.

Während einer gestern Abend bei Ihrer Majestät der Königin-Witwe stattgefundenen Soiree hielt der vormalige Universitätslektor Dr. Walter einen Vortrag mit Lichtbildern: „Im Lande der Mitternachts-Sonne“. Zu derselben waren eine Anzahl Herren und Damen mit Einladungen ausgezeichnet worden.

Ihre Majestät die Königin-Witwe besuchte gestern in Begleitung der Hofdame Gräfin v. Nauendorff den Kunstsalon von Ernst Knoid, Bildhauer Straße, um die Ausstellung der Gemälde von Professor Siebrog, Simonson-Gastelli usw. zu besichtigen.

Herr Lehrer Tallmann, welcher am 30. Oktober v. J. von der Straßenbahn überfahren und schwer verletzt wurde, ist am 10. d. M. von seinem Leiden durch den Tod erlöst worden. R. i. p.

Für die Katholiken, welche ant-semitische Umwandlungen fühlen, können wir nicht umhin, die Haltung des maßgebenden antisemitischen Organs, der „Staatsbürgerzeitung“, zu erwähnen; das Verlangen, den § 2 des Jesuitengesetzes aufzuheben, wird eine „unberechtigte Förderung des Zentrums“ genannt. Einige Stimmen kräftiger ist der Befehl des hiesigen Antisemitenblattes, auch freimütige Zeitung genannt, der „Deutschen Wacht“. Mit „Grimm, Scham und Erbitterung“ rufen sie aus: „Es ist eine wahre Schande jetzt ein Deutscher zu sein.“ Der Artikel besand sich, als er schrieb, offenbar in einer nicht mehr natürlichen Lutherorgans-Stimmung. Die Jünger von Lassalle werden nunmehr wie die „Söhne“ ins Deutsche Reich einbrechen. Söhne gehen bekanntlich auf Leichten-kratz aus. Was ist denn am Körper des Protestantismus in Verneinung übergegangen? Etwas der deutsche Antisemitismus? Ja, der Mann sieht schwarz, sehr schwarz. In seinem zerrissenen patriotischen Herzen leidet die Frage auf, ob die Jesuiten dem Deutschen Reich das Los Spaniens bereiten und es zu dem tiefsten Stand herunterdrücken werden. Aber die Fr-heit dieses Wortes wird noch größer. Es schreibt, daß nun Preußen das Recht auf die Führerschaft in Deutschland verloren hat ganz ähnlich unserem Sachsen, das von der politischen Bühne mit dem ungeliebten Augenblicke abtrat, als sein Landesherzog Luthers Erbe verlor, durch das ein Sachsen der erste Staat im Reich war. Mit Verlaub, wer soll nun die Führerschaft erhalten? Das katholische Bayern etwa? Ueber die geschmacklose Weidwitschfälligkeit bezüglich Sachsen wollen wir kein Wort verlieren. Wir glauben im Gegenteil, Sachsen wäre längst seiner Selbstständigkeit beraubt, wenn sein katholisches Herrschertum nicht wegen der Konfession mehr Schritte bei befreundeten katholischen Staaten gefunden hätte. Da steht eben Behauptung gegen Behauptung. Man sieht aus dem ganzen Auftreten der antisemitischen Presse, welche Wut gegen die Katholiken herrscht. Nicht gegen die Juden, sondern gegen die katholischen Einrichtungen wird losgegangen, sie haben diese Last schon lange für vorteilhafter gefunden. Es mag der Grund ihrer Erfassung darin liegen, daß sich die Juden die Beschimpfung einisch nicht gefallen lassen, sondern den Hebelstäter rücksichtslos vor den Stab zur Verstrahlung schleppen. Die geduldeten Katholiken besonders in Sachsen, lassen sich alle Beschimpfung ruhig gefallen und geben daher freistliche Prügelknaben ab. Wir empfehlen daher weiterhin kath. Mitbürgern das jüdische Beispiel energisch nachzuahmen.

Die „Dresdner Zeitung“ kann als Organ des Nationalliberalismus denn doch nicht zurückbleiben im Wettlauf um die Gunst des Evangelischen Bundes. Daher zieht auch sie gegen den Bundesrat kräftig vom Leder, weil er die Jesuiten ins Land läßt. Man setzt bei einem Leitartikel zum mindesten die Kenntnis des Gesetzes voraus, über das man schreiben will. Nun ist das aber in der „Dr. Ztg.“ vollständig vergessen worden. Das Blatt schreibt:

Die den Jesuiten verwandten Redemptoristen sind ins Land gekommen, in Preußen die Mariänschen Kongregationen zugelassen, in denen der Geist der Jugend Jesuitisch verpackt wird; und nun kommen die Jesuiten selbst, soweit sie von Gebürt Ausländer sind und soweit sie Deutsche sind, dürfen sie allenthalben Niederlassungen und Schulen errichten. Tatsächlich war das im Stillen schon lange in bestimmter Weise nicht anders; jetzt aber wird dieser Zustand legalisiert, und herein ins klare, offene, sonnige Vaterland strömt die schwarze Schar, ihr dunkles Wert am deutschen Volke wiederanzunehmen, das durch den Mund eines der Ältesten in einer ihrer „Veratibungsorgane“ also gekennzeichnet wird: „Der Reichstater muß mehrere Regeln zur Hand haben, wodurch er den Jesuiten, so oft es nötig ist, über die Art und Weise, die Wahrheit zu verhehlen, Anleitung erteilt; wie sich z. B. eine Ehebrecherin zu verhalten hat, wenn sie von ihrem Gatten angefordert wird, eülich zu erklären, daß sie die Ehe nicht gebrochen habe.“

Wehe dir, deutsches Volk! Die Ekstase, in welcher sich der schreibselige Herr befand, als er diese Zeilen zu Papier brachte, läßt uns kühn. Andere Mütter haben durch ihren blühenden Unfimm die „Dr. Ztg.“ noch überboten. Aber eines haben sie sich noch nicht geleistet: Ihre Unkenntnis mit dem Inhalt des § 2 des Jesuitengesetzes so zur Schau zu tragen. Das Blatt meint, die deutschen Jesuiten dürfen in Deutschland allenthalben Niederlassungen und Schulen errichten. Wer kann sich vorstellen, welches Grausen über die sächsischen Nerven häuften, als man das las. Nur Mut! liebe Mitbürger, so schlimm ist die Sache denn doch nicht. Euer Leiborgan sah zu schwarz. Der Bundesrat hat den § 1 des Jesuitengesetzes nicht aufgehoben, noch weniger seine eigene Ausführungsbestimmung, welche lautet:

1. Da der Orden Jesu vom Deutschen Reich ausgeschlossen ist, so ist von Angehörigen dieses Ordens die Ausübung einer Ordenstätigkeit, insbesondere in Kirche und Schule, sowie die Abhaltung von Missionen nicht zu gestatten.“ Die „Dr. Ztg.“ kann also noch ganz ruhig weiter schlafen, um sich zu dem späteren Schlachtgetümmel Kräfte zu sammeln, wenn wirklich einmal auch dieser Paragraph fallen wird. Inzwischen geschieht weiter nichts, als daß noch einige Priester der Gesellschaft Jesu zu den